

16.37

Abgeordnete Dr. Irmgard Griss (NEOS): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Frau Bundesministerin! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie diese Debatte verläuft. (*Abg. Belakowitsch: Ja, wirklich! – Abg. Gudenus: Ja, das stimmt!*) Einerseits gibt es persönliche Angriffe – was, wie ich finde, einer sachlichen Diskussion immer **sehr** dienlich ist –, und andererseits werden Dinge verteidigt, die überhaupt niemand infrage stellt.

Sie, Herr Klubobmann Rosenkranz, stellen hier dieses Schild mit dem zweiten Satz des Artikels 1 der Bundesverfassung auf: „Ihr Recht geht vom Volk aus.“ (*Abg. Rosenkranz – eine Farbkopie, auf der zwei Zeitungsartikel zu sehen sind, in die Höhe haltend –: Na!*) Ja, kein Mensch bezweifelt das, nur: Herr Kickl ist nicht das Volk. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT. – Abg. Gudenus: ... das Volk! – Zwischenruf des Abg. Wurm.*) Das ist der wesentliche Unterschied: Teil des Volkes, aber er ist nicht das Volk. (*Abg. Steger: Es würde Ihnen nicht schaden, mehr auf das Volk zu hören! – Ruf bei der FPÖ: Die Verfassung ist gemäß ...!*)

Es sind Relativierungsversuche, die gemacht werden, wenn Sie sagen: Na ja, er hat es ja nicht so gemeint. Er wollte ja nur sagen, er hat ja nur gesagt, man darf ja wohl noch über ein Gesetz nachdenken, auch über die Verfassung, man darf ja wohl noch erwägen, dass das geändert werden soll. Sie bringen ja diese Beispiele. Diesbezüglich bin ich bei Herrn Kollegen Leichtfried: Da wird das Leid der Menschen instrumentalisiert – ein Leid, das schrecklich ist, das soll gar keine Frage sein (*Zwischenruf bei der FPÖ*), man soll es aber nicht dazu verwenden, um politisches Kleingeld zu wechseln. (*Beifall bei den NEOS und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Gudenus: Ursachenforschung und Reaktion! – Ruf bei der FPÖ: Man muss reagieren!*) Das ist Ihrer unwürdig, Herr Gudenus, das ist Ihrer unwürdig. (*Abg. Gudenus: Also bitte!*)

Es ist überhaupt keine Frage, dass über die Änderung von Gesetzen nachgedacht werden kann. (*Abg. Rosenkranz: Außer vom Kickl! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Es ist überhaupt keine Frage, dass es keine Denkverbote geben darf – für wen immer, auch nicht für Herrn Kickl. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Aber (*Rufe bei der FPÖ: Aber! Aber!*) denken wir einmal daran: Was hat Herr Kickl gesagt, und in welchem Zusammenhang hat er das gesagt? (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Herr Kickl wurde im „Report“ gefragt: Herr Innenminister, Sie wollen straffällige Asylberechtigte rasch außer Landes bringen oder abschieben. Hat das nicht rechtsstaatliche Grenzen? (*Neuerliche Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das war die Frage an ihn.

Die Antwort des Herrn Innenministers war: Der Rechtsstaat kann sich selbst im Weg stehen, wir können über Gesetze stolpern. (*Abg. Rosenkranz: Nein, nein!*) – Das hat er gesagt, ja. (*Abg. Rosenkranz: Lesen Sie das Letzte! Lesen Sie das Erste! Vollständig zitieren!* – *Abg. Steger: Sie hätten den „Report“ anschauen müssen!*) Herr Rosenkranz, er hat nicht gesagt, Gesetze können dem im Wege stehen, er hat gesagt, der Rechtsstaat. Das sind seine Worte. Lesen Sie es! Lesen Sie es, wenn Sie des Lesens mächtig sind. Das hat er gesagt. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT.* – *Abg. Stefan: Er hat gesagt, der Rechtsstaat kann missbraucht werden!*)

Wo der Rechtsstaat gegen uns selbst zur Anwendung gebracht wird – ich weiß gar nicht genau, was diese schöne Formulierung bedeutet, aber so hat er das formuliert. Er hat sich auf den Rechtsstaat bezogen.

Der Rechtsstaat – das ist heute einige Male gesagt worden, der Herr Bundeskanzler hat es auch gesagt – ist natürlich die Grundlage unseres Zusammenlebens. (*Abg.*

Rosenkranz: Ja, der kann missbraucht werden! – *Abg. Gudenus: Falsch zitieren auch noch!* *Na bravo!* – *Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Nein, am Anfang hat er das gesagt. (*Abg. Rosenkranz: Wo? Am Anfang? Nur am Anfang? Ach so!* – *Präsident Sobotka gibt das Glockenzeichen.*) Herr Rosenkranz, da sage ich: Ja, ich bin für den Rechtsstaat, aber der Rechtsstaat kann mich daran hindern, etwas Sinnvolles zu tun!, ja was heißt das? Was heißt das? (*Abg. Stefan: Rechtsstaatliche Mittel muss ich einhalten!* – *Zwischenruf der Abg. Steger.*) Also nein, das ist ja lächerlich. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT.*)

Das Störende für mich an dem, wie Herr Kickl argumentiert hat, ist Folgendes:

Natürlich kann man darüber reden, ja (*Abg. Bösch: Nur nicht der Kick!!*): Was machen wir mit straffällig gewordenen Asylberechtigten, mit Flüchtlingen? Was machen wir mit ihnen? Herr Kickl hat jetzt erkannt: Das steht ja gar nicht in der Menschenrechtskonvention, das steht ja in der Statusrichtlinie. (*Abg. Rosenkranz: Das hat er schon im Juni 2018 gesagt!*) Jetzt ist er draufgekommen und schreibt einen Brief nach Brüssel. Das Schöne daran ist, dass Österreich ja die Ratspräsidenschaft innehatte (*Abg.*

Belakowitsch: Die Ratspräsidenschaft ist schon wieder vorbei!), und wir hören ja immer wieder, wie großartig die Erfolge waren. (*Ruf bei der SPÖ: Ja!*) Der Herr Innenminister war Vorsitzender im Rat der Innenminister. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Gudenus, Jarolim und Wittmann.*) Warum hat er sich während der Ratspräsidenschaft nicht bemüht, dort zu einer Änderung zu kommen? **Das** ist rechtsstaatliches Vorgehen. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT.*)

Was tun wir, wenn wir als Mitglied der Europäischen Union mit einer Regel nicht einverstanden sind? – Wir können uns darum bemühen, dass sie geändert wird. Das, was die Bundesregierung immer wieder sagt – vor Kurzem der Herr Bundeskanzler –, ist: Na ja, wenn da nichts geschieht, dann machen wir das im Alleingang. (Abg.)

Steinacker: *Nein, das sagt er doch nicht! Sie drehen ihm das Wort im Mund um!* Was bedeutet das? – Ein Alleingang bedeutet, dass wir uns über europäisches Recht hinwegsetzen. Das richtige Vorgehen, das rechtsstaatskonforme Vorgehen ist, sich darum zu bemühen, dass die Regeln geändert werden. Ein Herr Kickl als Innenminister hat sich an das Recht zu halten. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT.*)

Er kann sich bemühen, dass auf verfassungskonformem Weg etwas geändert wird, aber er kann nicht sagen: Für mich gilt noch immer der Grundsatz – ich habe jetzt keinen Zettel, daher gebe ich es vielleicht nicht genau wieder –, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht. – Das sagt er. Wissen Sie, das ist für einen Juristen oder eine Juristin unglaublich. (Abg. **Gudenus:** *Das ist Normalität!*) Ich habe gedacht, ich höre nicht recht. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT.* – Abg.)

Rosenkranz: *Sie reißen es nur aus dem Zusammenhang!*

Herr Rosenkranz, ich nehme an, dass Sie wissen, dass Rechtsstaat im Englischen rule of law heißt. Rule of law bedeutet, dass das Recht die Politik regiert und nicht die Politik das Recht. (Abg. **Gudenus:** *Wer macht das Recht?*) Das muss für uns selbstverständlich sein. Hier können Sie sich bemühen. (Abg. **Gudenus:** *Das macht er eh! Wer macht das Recht?* – Abg. **Rosenkranz** – eine Tafel mit der Aufschrift „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ in die Höhe haltend –: *Es geht nur darum! Es geht nur darum!*) – Ja, aber das ist nicht der Herr Kickl. Der Herr Kickl ist die Spitze des Innenministeriums. (Abg. **Rosenkranz:** *Es geht nur darum!*) – Da haben Sie recht. Ich habe gesagt, er ist ein Teil der Exekutive, er ist ganz oben, ich will ihm da gar nichts absprechen. Gerade weil er diese Funktion hat, trifft ihn eine besondere Verantwortung. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und JETZT.* – Abg. **Rosenkranz:** *Richtig!*)

Unser Vertrauen gründet sich darauf, dass er sich an die Verfassung hält (Abg. **Rosenkranz:** *Das tut er!*), und wenn er das nicht tut, dann muss ihm das Vertrauen entzogen werden. So einfach ist das. Bitte stimmen Sie zu! (*Anhaltender Beifall und Bravorufe bei NEOS, SPÖ und JETZT.*)

16.44

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Herr Vizekanzler Strache. – Bitte.

